

**Vergabeverfahren nach Abschnitt 6 VgV,
Erweiterung Grundschule In den Sindlinger Wiesen in Kelkheim; Dienstleistungsauftrag Objektplanung
Gebäude, LPH 2-9, § 34 HOAI**

Vergabeunterlagen (die beim Bewerber verbleiben)

- **Ablauf des weiteren Verfahrens mit Ablauf Verhandlungsrunde und Nutzwertanalyse Auftragskriterien / Wertungsmatrix**
- Formblatt Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt
Formblatt Eigenerklärung Sanktions-VO
- Vertragsmuster Architektenvertrag
- Bestands- und Lagepläne

Ablauf Verhandlungsverfahren mit Nutzwertanalyse Auftragskriterien

Ablauf des weiteren Verfahrens:

Mit dem Aufforderungsschreiben zur Einreichung des verbindlichen Erstangebots werden die Teilnehmer aufgefordert, die unten näher bezeichneten Angebotsunterlagen bis zum - im Aufforderungsschreiben genannten Termin - einzureichen.

Angebotsunterlagen

- ☐ **Honorarangebot** (Auftragskriterium; Erläuterung, Wichtung und Wertung siehe hinten)

Der Bieter hat für sein Honorarangebot zwingend anzugeben:

- den Ab- oder Zuschlag auf das Honorar nach dem verbindlich vorgegebenen Basishonorarsatz
- die verlangte Nebenkostenpauschale in Prozent

- ☐ **unterschiedenes Formblatt Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt** bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl.S. 338 (gemäß Bekanntmachung), (Anlage)

- ☐ **unterschiedenes Formblatt "Eigenerklärung Sanktions-VO"** zur Erfüllung der Russland-Sanktionen im Bereich der öffentlichen Vergabe, Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

- ☐ **Konzept "Herangehensweise an die Planungsaufgabe"**

- ☐ **Konzept "Bewältigungsmanagement für Bauablauf/-störungen"**

Die Regelungen des beigefügten Vertragsmusters *Architektenvertrag* sind nicht verhandelbar und verbindlich. Ausgenommen davon sind nur der eventuelle Ab- oder Zuschlag auf das Honorar nach dem verbindlich vorgegebenen Basishonorarsatz (§ 35 HOAI) und die Nebenkostenpauschale (§ 14 HOAI, siehe § 6 Vertragsmuster) in den unter *zu A1 Honorar* bestimmten Grenzen.

Angebote, die von den übrigen vertraglichen Regelungen im Vertragsmusters *Architektenvertrag* abweichen, stellen eine Änderung der Vergabeunterlagen dar.

Nach Ablauf der Erstangebotsfrist werden die verbindlichen Erstangebote geprüft. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben (§ 17 Abs. 11 VgV). Sofern keine Verhandlungsrunde stattfindet, werden die Erstangebote anhand der nachfolgend bekannt gemachten Zuschlagskriterien (A1, B1, B2) bewertet.

Sofern erforderlich findet eine Verhandlungsrunde statt. Nach durchgeführter Verhandlungsrunde haben die Bieter die Möglichkeit im Rahmen der finalen Angebotsrunde ihr Angebot zu überarbeiten und neu einzureichen. Hierzu werden die Bieter mittels gesonderter Angebotsrunde über die Vergabeplattform aufgefordert. Die final eingereichten Angebote werden anschließend geprüft und anhand der nachfolgend bekannt gemachten Zuschlagskriterien (A1, B1, B2) bewertet.

Nutzwertanalyse Auftragskriterien

	Zuschlagskriterien	Mögliche Höchstpunktzahl
A1	Honorarangebot	30
B1	Konzept Herangehensweise an Planungsaufgabe	35
B2	Konzept Bewältigungsmanagement für Bauablauf/-störungen	35
		100

Es können somit maximal 100 Punkte erreicht werden.

Es wird festgelegt, dass ein Angebot nur dann in der Wertung verbleibt und für den Zuschlag in Betracht kommen kann, wenn es mindestens eine Punktzahl von insgesamt 50 Punkten erreicht.

Angebote, die die Mindestpunktzahl von 50 Punkten nicht erreichen, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Zu A1: Honorarangebot

Die vom Auftraggeber geschätzten anrechenbaren Kosten für die Leistung (§ 4 i.V.m. § 33 HOAI) betragen netto ca. 6.340.168,58 €. Die Honorarzone IV wurde ermittelt.

Für die Ermittlung des angebotenen Honorars wird der Basishonorarsatz (§ 35 HOAI) verbindlich vorgegeben.

Der Bieter hat für sein Honorarangebot zwingend anzugeben:

- den Ab- oder Zuschlag auf das Honorar nach dem verbindlich vorgegebenen Basishonorarsatz
- die verlangte Nebenkostenpauschale in Prozent

Die Wertungssumme wird unter Zugrundelegung der angebotenen Parameter ermittelt.

Auf ein Honorarangebot mit einem Aufschlag von über 10 % kann der Zuschlag nicht erfolgen. Der betroffene Bieter hat – sofern eine Verhandlungsrunde stattfindet – die Möglichkeit im Rahmen der finalen Angebotsrunde sein Angebot preislich anzupassen. Findet keine Verhandlungsrunde statt oder erfolgt eine entsprechende Anpassung nicht, wird der Auftraggeber den betroffenen Bieter von der Vergabe ausschließen.

Die verlangte Nebenkostenpauschale in Prozent ist auf maximal 10 % gedeckelt. Prozentangaben von über 10 %, werden auf 10 % reduziert.

Der niedrigste angebotene Gesamtpreis (netto) erhält 30 Punkte.

Die Punktermittlung für die übrigen Angebote errechnet sich nach der Formel:

$$\text{Punktzahl für das Honorarangebot} = \frac{30 \times \text{Niedrigstes Honorarangebot (netto)}}{\text{Honorarangebot (netto)}}$$

Bei der so errechneten Punktzahl werden nur zwei Stellen nach dem Komma berücksichtigt.

Zu B1: Herangehensweise an Planungs- und Überwachungsaufgabe

Der Bieter hat für das konkrete Projekt sein Konzept zur Herangehensweise für die Bewältigung der Leistungen darzustellen. Hierbei hat er zu erläutern, wie er seine gründliche Einarbeitung in die vorhandene Planung sicherstellt und wie er bei der Erbringung seiner Planungsleistungen für den Neubau, die Schule in ihrer Gesamtheit betrachtet, um den Anforderungen und Bedürfnissen an den Schulalltag größtmöglich Rechnung zu tragen. Darüber hinaus hat der Bieter zu erläutern, wie die Baustellen-Organisation erfolgen wird, um die Schulhoffläche so groß wie möglich zu belassen und die Beeinträchtigungen für den laufenden Schulbetrieb und die Nachbarn – insbesondere in Bezug auf Lärm und Sperrungen – so gering wie möglich zu halten. Zudem hat er zu erläutern, wie die Einbeziehung aller Beteiligten – insbesondere des Auftraggebers, der Fachplaner und der Schule – in die Planungsabläufe und die Abstimmung mit ihnen erfolgt, wie auch die Integration der TGA-Planung erfolgt, sowie welche Maßnahmen vorgesehen sind, um eine größtmögliche Flexibilität zu erreichen. Hierbei ist wichtig, dass auf die Anforderungen im Schulbetrieb, insbesondere in Bezug auf das pädagogische Konzept der Schule, flexibel reagiert wird und diese in die Planung integriert werden. Dabei ist dem Auftraggeber sehr daran gelegen, dass die Erläuterungen zur Herangehensweise nachvollziehbar darstellen wie die konkrete Umsetzung durch den Bieter erfolgt, um die Projektziele bestmöglich zu erreichen.

Der Bieter hat sein Konzept auf maximal 3 DIN A4 Seiten darzustellen.

Das angebotene Konzept wird Bestandteil der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistung.

Die Wertung erfolgt nach folgendem Schlüssel:

Stufung	Punkte
Herangehensweise so, dass Projektziele kaum erreicht werden	0-7
Herangehensweise so, dass Projektziele unterdurchschnittlich erreicht werden	8-14
Herangehensweise so, dass Projektziele durchschnittlich erreicht werden	15-21
Herangehensweise so, dass Projektziele gut erreicht werden	22-28
Herangehensweise so, dass Projektziele sehr gut erreicht werden	29-35

Zu B2: Bewältigungsmanagement für Bauablauf/-störungen

Der Bieter hat für das konkrete Projekt sein Konzept zur Methodik der Sicherstellung eines reibungslosen Bauablaufs und der Bewältigung von Bauablaufstörungen darzustellen. Hierbei hat er zu erläutern, wie er bereits im Vorfeld der Bauausführung vorgeht, wie die Terminierung der Abläufe der verschiedenen Gewerke erfolgt und welche Maßnahmen er vor und während der Bauausführung vorsieht, um einen reibungslosen Bauablauf sicherzustellen. Zudem hat er zu erläutern, wie er auf Störungen reagiert und hierfür möglichst zeitnah Lösungen mit Varianten erarbeitet sowie die Koordination und erforderlichen Abstimmungen mit Schnittstellen – insbesondere Fachplanern – vornimmt, um die Lösungsvarianten möglichst zeitnah mit dem Auftraggeber abzustimmen und umzusetzen. Darüber hinaus hat der Bieter zu erläutern, wie oft Baustellenbesuche vorgesehen sind, wie und innerhalb welcher Reaktionszeit auf Störungen und unvorhergesehene Situationen reagiert wird, um zum einen im Vorfeld bereits Fehler und Reibungen erkennen und zeitnah gegensteuern zu können sowie auftretende Störungen möglichst zeitnah zu beseitigen. Zudem hat er zu erläutern, wie die Abstimmung mit den auf der Baustelle tätigen Unternehmen erfolgt, um bei eintretenden Störungen die Reibungsverluste so gering wie möglich zu halten. Er hat zu erläutern, wie die Terminkoordination erfolgt und wie die fortlaufende Aktualisierung der Termine gewährleistet wird, um so sicherzustellen, dass alle Beteiligten (Auftraggeber, Fachplaner, Bauunternehmen) sich einen jederzeitigen Überblick über den aktuellen Stand des tatsächlichen und realistischen weiteren Bauablaufs verschaffen können. Hierbei ist wichtig, dass ein möglichst reibungsloser Bauablauf erreicht wird, eine klare und übersichtliche und realistische Terminierung der Abläufe sichergestellt ist sowie Störungen und Reibungsverluste so gering wie möglich gehalten werden. Dabei ist dem Auftraggeber sehr daran gelegen, dass die Erläuterungen zur Methodik nachvollziehbar darstellen wie die konkrete Umsetzung durch den Bieter erfolgt, um einen reibungslosen Bauablauf bestmöglich zu erreichen.

Der Bieter hat sein Konzept auf maximal 3 DIN A4 Seiten darzustellen.

Das angebotene Konzept wird Bestandteil der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistung.

Die Wertung erfolgt nach folgendem Schlüssel:

Stufung	Punkte
Methodik so, dass ein reibungsloser Bauablauf kaum erreicht wird	0-7
Methodik so, dass ein reibungsloser Bauablauf unterdurchschnittlich erreicht wird	8-14
Methodik so, dass ein reibungsloser Bauablauf durchschnittlich erreicht wird	15-21
Methodik so, dass ein reibungsloser Bauablauf gut erreicht wird	22-28
Methodik so, dass ein reibungsloser Bauablauf sehr gut erreicht wird	29-35

Verhandlungsrunde

Jeder Bieter / jede Bietergemeinschaft muss mind. durch folgende Personen vertreten sein:

- der Projektleiter und dessen Stellvertreter
- ein Bevollmächtigter des Büros (sofern dieser nicht auch gleichzeitig als Projektleiter oder stellv. Projektleiter vorgesehen ist)
- das für die LP 8 vorgesehene Personal (sofern dieses nicht bereits zur Teilnahme verpflichtet ist.)

Für jeden Bieter/ jede Bietergemeinschaft sind 40 Minuten Verhandlungsgespräch vorgesehen. Innerhalb des Gespräches erhält jeder Bewerber / jede Bewerbungsgemeinschaft maximal 30 Minuten Gelegenheit, durch die handelnden Personen die Konzepte nach den Kriterienkatalogen B1 und B2 vorzustellen. Idealerweise sollte dies als PowerPoint- Präsentation (oder vergleichbar) geschehen. Für Ihre Präsentation besteht die Möglichkeit, den im Raum vorhandenen Beamer und die Leinwand zu nutzen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in keiner Weise Ausarbeitungen von Lösungsvorschlägen zur Planungsaufgabe verlangt werden, die einen Vergütungsanspruch auslösen könnten (§ 77 Abs. 1 u. 2 VgV). Es wird lediglich ein projektbezogenes Konzept über die angebotene Leistung gefordert. Dennoch eingereichte bzw. präsentierte Lösungsvorschläge werden weder vergütet, noch sind sie für die Wertung beachtlich.

Im Rahmen der Verhandlungsrunde besteht die Möglichkeit über die eingereichten Erstangebote zu verhandeln, mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien.

Finale Angebotsrunde

Im Anschluss an die Verhandlungsrunde werden die Vergabeunterlagen gegebenenfalls überarbeitet. Diese finalen Vergabeunterlagen werden den Bietern über die Vergabeplattform im Rahmen der finalen Angebotsrunde zur Verfügung gestellt. Die Bieter haben sodann Gelegenheit auf Grundlage der finalen Vergabeunterlagen ihr überarbeitetes finales Angebot bis zum - im finalen Aufforderungsschreiben genannten Termin - einzureichen.

**Vergabeverfahren nach Abschnitt 6 VgV,
Erweiterung Grundschule In den Sindlinger Wiesen in Kelkheim; Dienstleistungsauftrag
Objektplanung Gebäude, LPH 2-9, § 34 HOAI,**

Vergabeunterlagen (die beim Bewerber verbleiben)

- Ablauf des weiteren Verfahrens mit Ablauf Verhandlungsrunde und Nutzwertanalyse Auftragskriterien / Wertungsmatrix
- **Formblatt Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt**
Formblatt Eigenerklärung Sanktions-VO
- Vertragsmuster Architektenvertrag
- Bestands- und Lagepläne

Formblatt Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt¹**Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338**

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt entsprechend den Vorgaben der § 4 des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG) zur Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) bzw. des Tariflohns bzw. Entgelts nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) nicht auf Beschäftigte bezieht, die bei einem Bieter oder Nachunternehmer im EU- Ausland beschäftigt sind und die Leistung im EU-Ausland erbringen.

Ich/Wir erkläre/n:

1. Ich/wir nehme/n zur Kenntnis, dass ich/wir gemäß § 4 Abs. 1 Nr.1, Nr.2 und Nr.3 HVTG meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren habe/n, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs.1 Nr.1 oder Nr. 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr.3 HVTG entsprechen. Soweit die Leistungen nicht von § 4 Abs. 1 HVTG erfasst sind ich /wir, gemäß § 4 Abs. 2 HVTG meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren habe/n, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen.
2. Ich/wir verpflichte/n mich/uns, gemäß § 5 Abs. 1 HVTG, meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die dem jeweils geltenden Tarifvertrag nach § 4 Abs.1 Nr.1 oder Nr. 2 HVTG oder der jeweils geltenden Rechtsverordnung nach § 4 Abs. 1 Nr.3 HVTG entsprechen.
3. Soweit die Leistungen nicht von § 4 Abs. 1 HVTG erfasst sind, verpflichte/n ich /wir mich/uns, gemäß § 4 Abs. 2 HVTG meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Entgelt und die Leistungen zu gewähren, die den Vorgaben des MiLoG entsprechen.
4. Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir nicht wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG (Bußgeldvorschriften) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind und damit nicht die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Auftragsvergabe nach § 19 Abs.1 und 3 MiLoG vorliegen.
5. Ich/wir verpflichte/n mich/uns für den Fall der Ausführung vertraglich übernommener Leistungen durch Nachunternehmen, die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Verpflichtungserklärungen zur Tariftreue und Mindestentgelt der Nachunternehmen nach Auftragserteilung, spätestens vor Beginn der Ausführung der Leistung durch das Nachunternehmen, vorzulegen.

6. Ich/wir verpflichte/n mich/uns für den Fall, dass ich/wir zum Nachweis meiner/unserer Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines Nachunternehmers in Anspruch nehme/n (Eignungsleihe), die Erfüllung der Verpflichtungen nach den §§ 4 und 5 HVTG durch die Nachunternehmen sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Verpflichtungserklärungen zur Tariftreue und Mindestentgelt der Nachunternehmen bereits vor Auftragserteilung vorzulegen. Gleiches gilt, wenn ich/wir zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzen.
7. Die von mir/uns übernommenen Verpflichtungen nach § Nr. 5 und Nr. 6 dieser Erklärung gelten entsprechend für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen.
8. Ich/wir nehme/n weiterhin zur Kenntnis, dass bei Vorliegen von Anhaltspunkten dafür, dass gegen diese Regelung verstoßen wird, auf Anforderung dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Besteller die Einhaltung dieser Verpflichtung nachzuweisen ist.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

dass ein nachweislich schuldhafter Verstoß gegen meine/unserer Verpflichtungen

- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge haben kann,
- den Ausschluss meines/unseres Unternehmens für die Dauer von bis zu drei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge der ausschließenden Vergabestelle zur Folge haben kann,
- ein solcher Verstoß eine schwere Verfehlung nach § 17 Abs. 2 HVTG darstellt, die gemäß § 17 Abs. 9 HVTG der Informationsstelle bei der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main mitgeteilt wird,
- nach Vertragsschluss den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung berechtigen kann.

(Ort/Datum)

(Firmenbezeichnung/-Stempel)

Name des Erklärenden

- Die Erklärung kann entfallen, soweit sie bereits in einem Präqualifizierungsregister hinterlegt ist.

- Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 -

Eigenerklärung

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

Geschäftszeichen des Auftraggebers:

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

_____, den _____

Unterschriften

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung – bis zum 10. Oktober 2022 – von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

**Vergabeverfahren nach Abschnitt 6 VgV,
Erweiterung Grundschule In den Sindlinger Wiesen in Kelkheim; Dienstleistungsauftrag
Objektplanung Gebäude, LPH 2-9, § 34 HOAI**

Vergabeunterlagen (die beim Bewerber verbleiben)

- Ablauf des weiteren Verfahrens mit Ablauf Verhandlungsrunde und Nutzwertanalyse Auftragskriterien / Wertungsmatrix
- Formblatt Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt
- **Vertragsmuster Architektenvertrag**
- Bestands- und Lagepläne

Erste Ausfertigung für den Auftraggeber
Zweite Ausfertigung für den Architekten

ARCHITEKTENVERTRAG

Zwischen dem Main-Taunus-Kreis

vertreten durch den Kreisausschuss

dieser wiederum
vertreten durch

Herrn Leitenden Verwaltungsdirektor Peter Wesp
Amtsleiter Hochbau- und Liegenschaftsamt

Am Kreishaus 1-5, 65719 Hofheim am Taunus

- nachstehend **Auftraggeber** genannt -

und dem/den
 [Name Auftragnehmer]
 [Adresse Auftragnehmer]

vertreten durch [Name Vertretungsberechtigter]

- nachstehend **Architekt** genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen für die Baumaßnahme:

Erweiterung der Grundschule In den Sindlinger Wiesen in Kelkheim

§ 2

Leistungen des Auftraggebers

- 2.1 Bereitstellen eines Raumprogrammes, falls erforderlich.
- 2.2 Beschaffen von Kataster-, Lage- und Höhenplänen sowie Einmessung des Baugeländes, desgleichen Vorverhandlungen mit Behörden über Anschlüsse der Versorgungsleitungen, falls erforderlich.
- 2.3 Durchführen des Vergabeverfahrens unter Verwendung der Ausarbeitungen des Architekten.
- 2.4 Beauftragung der notwendigen Sonderfachleute nach Beratung durch den Architekten.
- 2.5 Rechtsgeschäftliche Abnahme der Leistungen der am Bau beteiligten Unternehmer und Fachplaner. Der Architekt ist zur rechtsgeschäftlichen Abnahme nicht berechtigt.

§ 3

Leistungen des Architekten

- 3.1 Der Architekt führt seine Leistungen auf der Grundlage der ihm vom Auftraggeber zur Verfügung zu stellenden Unterlagen aus.
- 3.2 Die vom Auftragnehmer nach diesem Vertrag auszuführenden Leistungen umfassen alle zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung erforderlichen berufsspezifischen Tätigkeiten und Aufgaben, auch wenn sie im Vertrag nicht gesondert aufgeführt oder nicht ausdrücklich beschrieben sind. Maßstab für den Leistungsumfang ist der vom Auftragnehmer geschuldete werkvertragliche Leistungserfolg.

Der Architekt ist verpflichtet, seine Leistungen in allen Leistungsstufen so zu erbringen, dass die die Baumaßnahme gemäß den Vorgaben nach § 14 (Planungs- und Überwachungsziele) mangelfrei hergestellt werden kann. Bei diesen Planungs- und Überwachungszielen handelt es sich um die für den Auftraggeber im Zeitpunkt des Vertragsschlusses wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele im Sinne des § 650p Abs. 1 BGB und damit um die vereinbarte Beschaffenheit des vom Architekten geschuldeten Werks. Der Auftragnehmer schuldet im Rahmen dieses Vertrages auf der Grundlage der an ihn beauftragten Leistung jeweils für den Bauherrn verwertbare Arbeits- und Planungsergebnisse.

Zu erbringen sind alle Grundleistungen der beauftragten Leistungsphasen des § 34 HOAI 2021, die unter Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021 aufgelistet sind und nicht ausdrücklich ausgenommen wurden. Diese gelten als Leistungsverpflichtung und sind zu dokumentieren. Neben den unter Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021 aufgeführten Grundleistungen ist die Bauaufgabe durch Erbringung der unter den einzelnen Leistungsphasen im Vertrag aufgeführten Einzelaspekten zu konkretisieren.

- 3.3 Der Auftraggeber überträgt dem Architekten **zunächst** folgende Leistungen nach § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021 (Leistungsstufe I):

Leistungsstufe I

1. Grundlagenermittlung* **0 %**

alle Grundleistungen gemäß § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021, LP 1

2. Vorplanung (Projekt- und Planungsvorbereitung)* **4 %**

alle Grundleistungen gemäß § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021, LP 2

3. Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung) **15 %**

alle Grundleistungen gemäß § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021, LP 3
Ausführliche Präsentation und Vorstellung der Entwurfsplanung beim Auftraggeber

Leistungsstufe I gesamt* **19 %**
=====

*Die Leistungen der LP 1 und der LP 2 (anteilig) wurden bereits erbracht und werden vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt. Die Leistungen der LP 1 sind vom Architekten nicht zu erbringen. Die Leistungen der LP 2 sind vom Architekten vollumfänglich zu erbringen. Aufgrund der im Rahmen der LP 2 anteilig bereits erbrachten Leistungen, wird von einem geringeren Aufwand ausgegangen, so dass für die noch zu erbringenden Leistungen der LP 2 (alle Grundleistungen) 4 % vereinbart werden.

- 3.4 Der Auftraggeber behält sich vor, dem Architekten bei Fortsetzung der Planung als Vertragserweiterung die Leistungsstufe II (Leistungsphasen 4 bis 5 nach § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021) zu übertragen. Die Übertragung erfolgt durch **schriftliche Mitteilung**.

Leistungsstufe II

4. Genehmigungsplanung **3 %**

alle Grundleistungen gemäß, § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021 LP 4

5. Ausführungsplanung **25 %**

alle Grundleistungen gemäß, § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021 LP 5

Leistungsstufe II gesamt **28 %**
=====

- 3.5 Der Auftraggeber behält sich vor, dem Architekten bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme als Vertragserweiterung die Leistungsstufe III (Leistungsphasen 6 bis 9 nach § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021) zu übertragen. Die Übertragung erfolgt durch **schriftliche Mitteilung**.

Leistungsstufe III

6. Vorbereitung der Vergabe **10 %**

alle Grundleistungen gemäß § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021, LP 6

7. Mitwirkung bei der Vergabe **3 %**

alle Grundleistungen gemäß § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021, LP 7
außer *Einholen von Angeboten*

8. Objektüberwachung (Bauüberwachung und Dokumentation) **32 %**

alle Grundleistungen gemäß § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021, LP 8
Fortschreiben der Ausführungsplanung auf Grund der gewerkeorientierten
Bearbeitung während der Objektausführung und zum Projektabschluss auf den
Stand der Bauausführung (Bestandspläne)

9. Objektbetreuung **2 %**

alle Grundleistungen gemäß § 34 u. Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021, LP 9

Leistungsstufe III Gesamt **47 %**
=====

- 3.6 Der Architekt ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn ihm vom Auftraggeber innerhalb von 6 Monaten
- nach Fertigstellung der Leistungen der Leistungsstufe I die Leistungsstufe II sowie
 - nach Fertigstellung der Leistungen der Leistungsstufe II die Leistungsstufe III übertragen wird.

Wenn dem Architekten die Leistungsstufe II bzw. die Leistungsstufe III nicht innerhalb der genannten Frist übertragen wird, kann der Architekt eine Weiterbeauftragung aus wichtigen Gründen ablehnen, wenn er innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Übertragung der Leistungsstufe II bzw. nach Übertragung der Leistungsstufe III dies schriftlich mitteilt. Ein Schadensersatzanspruch des Auftraggebers entsteht dadurch nicht.

Ein Rechtsanspruch auf Übertragung von Leistungen aus der Leistungsstufe II bzw. der Leistungsstufe III besteht nicht.

Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Architekt keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

- 3.7 Die vom Architekten im Rahmen des Vergabeverfahrens erstellten Konzepte „Herangehensweise an Planungs- und Überwachungsaufgabe“ (Anlage Konzept B1) und „Bewältigungsmanagement für Bauablauf/-störungen“ (Anlage Konzept B2) sind Bestandteil der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistung.

§ 4

Honorierung des Architekten

- 4.1 Die Honorierung richtet sich nach den anrechenbaren Kosten des Objektes auf Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung, die nach der DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008 (DIN 276-1:2008-12) aufzustellen ist (§ 6 Abs. 1 HOAI 2021 i.V.m. §§ 4 u. 33 HOAI 2021), nach der **Honorarzone IV Basishonorarsatz** gemäß §§ 2a, 5 u. 35 HOAI 2021 i.V.m. Anlage 10 Nr. 10.2 HOAI 2021, dem Zuschlag von [...] % auf das Honorar nach obigem Satz bzw. dem Abschlag von [...] % auf das Honorar nach obigem Satz, nach den vereinbarten Prozentsätzen der beauftragten Leistungsphasen und der Honorartafel zu § 35 Abs. 1 HOAI 2021. Im Honorar und den

Nebenkosten ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) nicht enthalten (§ 16 HOAI 2021); sie wird in der gesetzlichen Höhe gesondert in Rechnung gestellt.

4.2 Bei Änderung des gesetzlichen Mehrwertsteuersatzes wird bereits jetzt schon Teilschlussrechnung gemäß dem erbrachten Leistungsstand zum Stichtag der Mehrwertsteueränderung vereinbart.

4.3 frei

4.4 Leistungsänderungen

§ 650b BGB gilt hinsichtlich der Leistungsänderungsrechte des Auftraggebers mit folgender Maßgabe:

a) Begehrt der Auftraggeber gegenüber dem Architekten eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist der Architekt verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs jedoch nur, soweit ihm die Ausführung der Änderung zumutbar ist. Aus dem Angebot des Architekten müssen sich Art und Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistungen sowie die geänderte oder zusätzliche Vergütung, die nach Maßgabe der Regelungen in § 4 Nr. 4.5 zu ermitteln ist, ergeben.

b) Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an.

c) Erzielen die Parteien binnen angemessener Frist, spätestens nach 15 Kalendertagen, nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer keine Einigung nach § 4 Nr. 4.4 lit. b, kann der Auftraggeber die Änderung in Textform anordnen. Der Architekt ist verpflichtet, der Anordnung nachzukommen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.

d) Dem Auftraggeber steht ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit

- der Architekt ein Angebot nach § 4 Nr. 4.4 lit. a nicht rechtzeitig vorgelegt hat oder
- nach Vorlage des Angebots eine Einigung nach § 4 Nr. 4.4 lit. c endgültig gescheitert ist oder
- der Architekt eine Einigung nach § 650b Abs. 1 BGB ernsthaft und endgültig ablehnt oder
- die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem Architekten zumutbar ist. Die Ausführung vor Ablauf der Verhandlungsfrist ist dem Architekten in der Regel zumutbar, soweit ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs die Bau-, Planungs- oder Projektablaufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, insbesondere Gefahr im Verzug ist.

e) Es wird vereinbart, dass Vorschläge und Optimierungen des Architekten in gestalterischer, konstruktiver, funktionaler oder wirtschaftlicher Hinsicht während der Erstellung der Planung und vor Abschluss der einzelnen Planungsphasen, z.B. unterschiedliche Grundrissvarianten, Ansichten usw., zum normalen, durch das vereinbarte Honorar abgegoltenen Leistungsumfang des Architekten gehören und deshalb von vornherein nicht als Änderungsleistungen anzusehen sind. Weiter hat der Architekt etwaige Vorgaben der Genehmigungsbehörden zu beachten. Diese sind dem Auftraggeber mitzuteilen und - in Abstimmung mit dem Auftraggeber - in die Planung zu übernehmen, es sei denn, der Auftraggeber erteilt eine andere Anordnung.

f) Im Übrigen bleibt § 650b BGB unberührt.

4.5 Honorar bei Leistungsänderungen

Begehrt der Auftraggeber geänderte Leistungen im Sinne von § 4 Nr. 4.4 oder ordnet der Auftraggeber solche Leistungen an, so erfolgt eine Anpassung der Vergütung des Architekten gemäß den folgenden Festlegungen:

Die Anpassung der Vergütung richtet sich grundsätzlich nach § 650q Abs. 2 BGB. § 10 HOAI 2021 ist mit der Maßgabe anwendbar, dass eine Einigung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer nicht vorausgesetzt wird.

Stimmt der Auftraggeber alternativ schriftlich einer aufwandsbezogenen Abrechnung zu und erfordern die zu ändernden oder geänderten Leistungen im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen erhöhten Aufwand, erhält der Architekt ein zusätzliches Honorar unter Zugrundelegung der Stundensätze gemäß § 4 Nr. 4.9

Der Architekt ist verpflichtet, den Auftraggeber vor der Ausführung von Leistungen darauf hinzuweisen, dass es sich seiner Meinung nach um zusätzlich zu honorierende Leistungen nach dieser Vorschrift handelt, den voraussichtlichen Zeitaufwand zu benennen und die Entscheidung des Auftraggebers über die Anordnung entsprechender Leistungen abzuwarten. Soweit der Zeitaufwand hinreichend abschätzbar ist, hat der Architekt dem Auftraggeber auf dessen Verlangen ein Pauschalhonorar anzubieten.

- 4.6 Für Besondere Leistungen (Anlage 10 Nr. 10.1 HOAI 2021) - entfällt –
- 4.7 Für Zusätzliche Leistungen - entfällt –
- 4.8 Zuschlag für Umbau und Modernisierung (§ 36 HOAI 2021) - entfällt -
- 4.9 Werden Leistungen des Architekten oder seines Mitarbeiters nach Zeitaufwand berechnet, werden folgende Stundensätze vergütet:

Für den Architekten **90,00 EUR/Stunde**

Für Mitarbeiter **71,00 EUR/Stunde**

Für technische Zeichner **56,00 EUR/Stunde**

- 4.10 Das Honorar wird fällig, wenn nach vertragsgemäßer Erbringung aller Leistungen und Vollendung auch der letzten beauftragten Leistungsphase die Gesamtleistung abgenommen und eine prüffähige Honorarschlussrechnung überreicht worden ist. Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Architekten nach Erbringung der letzten beauftragten Leistungsstufe ab; Voraussetzung ist, dass die Leistungen abnahmefähig fertig gestellt sind und keine wesentlichen Mängel erkennen lassen. Abweichend von Satz 2 kann der Architekt eine Teilabnahme der Leistungen in folgenden Fällen verlangen:
 - Der Architekt kann ab der Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer eine Teilabnahme der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen verlangen, § 650s BGB.
 - Verlangt der Architekt keine Teilabnahme nach § 650s BGB, hat er gleichwohl nach Beendigung der Objektüberwachung/Bauüberwachung und Dokumentation einen Anspruch auf Teilabnahme, sofern lediglich noch Leistungen der Objektbetreuung zu erbringen sind. Sonstige Teilabnahmen finden nicht statt. Die Abnahme ist vom Auftragnehmer in Textform zu beantragen. Die Abnahme hat gemeinsam und förmlich zu erfolgen. Das Ergebnis der Abnahme ist in einem gemeinsamen Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten. Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original einzureichen.
- 4.11 Können beauftragte Leistungen nicht ausgeführt werden, so werden nur die tatsächlich erbrachten Leistungen nach dem Leistungsbild vergütet; werden Teilleistungen nicht vollständig erbracht, erhält der Architekt einen im beiderseitigen Einvernehmen festgesetzten angemessenen Betrag für die wirkliche Leistung vergütet. Weitergehende Ansprüche des Architekten sind ausgeschlossen.
- 4.12 Erst nach Erteilung der Baugenehmigung gelten die Unterlagen für die weitere Bearbeitung als geeignet. Die Genehmigung wird dem Architekten schriftlich mitgeteilt.
- 4.13 Beim Eintreten nicht vorhergesehener oder nicht vorhersehbarer Umstände oder Ereignisse können hinsichtlich Auftragsabgrenzungen Honorar-Neuvereinbarungen - auch abschnittsweise - getroffen werden.
- 4.14 Die Ausgaben des Auftraggebers unterliegen der Rechnungsprüfung durch die Revision. Die Rechnungsprüfung kann auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden. Die gesetzliche Verjährungsfrist (§ 195 BGB) von Ansprüchen des Auftraggebers wegen Überzahlung des Architekten von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen insoweit festgestellter ungerechtfertigter Zahlungen bzw. Überzahlungen beginnt mit der Kenntnis des Auftraggebers vom Ergebnis der Rechnungsprüfung, es sei denn, der Auftraggeber hatte bereits zuvor von der Überzahlung Kenntnis oder seine Unkenntnis war grob fahrlässig;

§ 199 Absatz 4 BGB bleibt unberührt. Die Ansprüche verjähren spätestens nach 10 Jahren ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn, § 202 Absatz 2 BGB. Der Architekt muss bis zum Ablauf der Verjährungsfrist damit rechnen, dass er auf Erstattung dieser ungerechtfertigt gezahlten Beträge in Anspruch genommen wird.

§ 5

Abschlagszahlungen

- 5.1 Auf Anforderung des Architekten werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen vertragsgemäßen Leistungen und Nebenkosten einschließlich Umsatzsteuer gewährt. Die Forderungsaufstellung (Abschlagsrechnung) muss prüffähig sein. Abschlagszahlungen erfolgen nach Maßgabe des § 632a Abs.1 BGB.
- 5.2 Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher dem Architekten obliegender Verpflichtungen aus diesem Vertrag, insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Mängelbeseitigung und Schadensersatz sowie die Erstattung von Überzahlungen einschließlich der Zinsen behält der Auftraggeber von jeder Abschlagszahlung jeweils 5 % bis zu einer Höhe von 5 % des tatsächlichen Gesamthonorars ein.
- 5.3 Der Architekt kann stattdessen auch eine selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer stellen. Die Bankbürgschaft ist unter Ausschluss der Hinterlegung und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage, zudem ohne Befristung, auszustellen. Einbehalte bzw. Sicherheiten für Leistungen des Architekten sind spätestens nach erfolgter Abnahme der Leistungen des Architekten nach Erbringung der letzten beauftragten Leistungsstufe bzw. Teilabnahme nach § 4 Nr. 4.10, 1. oder 2. Variante der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen, auszuzahlen bzw. zurückzugeben, soweit der Auftraggeber nicht zu diesem Zeitpunkt bereits Ansprüche in Bezug auf diese Leistungen geltend gemacht hat.

§ 6

Nebenkosten

- 6.1 Die Nebenkosten werden pauschal mit [...] % vergütet und beinhalten alle Kosten, die in § 14 HOAI 2021 aufgeführt sind, sofern nachstehend nichts anderes vereinbart ist.
- 6.2 Kosten für Vervielfältigungen von Zeichnungen und Leistungsverzeichnissen, die ab Leistungsphase 5 anfallen, werden auf Nachweis gesondert vergütet.

§ 7

Allgemeine Pflichten des Architekten

- 7.1 Die Leistungen müssen dem allgemeinen Stand der einschlägigen Wissenschaft, den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Die Leistungsanforderungen an den Architekten werden durch die Sachkunde des Auftraggebers nicht gemindert.
- 7.2 Der Architekt hat insbesondere zu beachten
 - die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL)
 - Die Richtlinien für die Vergabe von Bauleistungen - VHB -
- 7.3 Als Sachwalter seines Auftraggebers darf der Architekt keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.

- 7.4 Der Architekt hat seine Leistungen nach den Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers hinsichtlich der baulichen Gestaltung zu erfüllen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen; er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten abzustimmen.
Der Architekt hat den Auftraggeber so frühzeitig wie möglich schriftlich auf voraussichtliche Qualitäts-, Kosten- und Terminabweichungen oder Nicht-Einhaltung von Planungs- und Überwachungszielen schriftlich hinzuweisen. Der Architekt ist in diesem Fall verpflichtet, alternative Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
Die Anordnungen des Auftraggebers oder die sich aus Vorgaben von Genehmigungsbehörden ergebenden Änderungsleistungen sind vom Architekten darauf zu überprüfen, ob sie die vertraglich vereinbarten Kosten-, Quantitäts-, Qualitäts-, Termin- oder sonstigen Vorgaben gefährden. Wenn dies der Fall ist, hat der Architekt den Auftraggeber hierauf hinzuweisen.
- 7.5 Sind mehrere Vorentwurfsskizzen bei gleichbleibendem Programm erforderlich, werden diese nicht gesondert vergütet. Um kostspielige und zeitraubende Planungsarbeiten zu vermeiden, sind Vorentwurfsskizzen vor Anfertigung der vorlagereifen Vorentwurfspläne vom Architekt dem Auftraggeber rechtzeitig zur Überprüfung vorzulegen.
- 7.6 Sämtliche Ausführungszeichnungen und Leistungsverzeichnisse bedürfen vor Weitergabe zur Ausführung der schriftlichen Zustimmung durch das Hochbau- und Liegenschaftsamt.
- 7.7 Die Erfüllungshaftung des Architekten für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Entgegennahme von Arbeitsergebnissen durch den Auftraggeber vor Abnahme nicht eingeschränkt. Mit der Freigabe von Planungen, Berechnungen, Zeichnungen oder sonstigen Leistungen des Architekten übernimmt der Auftraggeber keinerlei Risiko- oder Haftung. Der Architekt kann sich gegenüber dem Auftraggeber nicht darauf berufen, dass dieser aufgrund eigener Sachkunde Mängel der Planung des Architekten hätte erkennen können oder müssen.
- 7.8 Der Architekt schuldet die Genehmigungsfähigkeit seiner Planung. Der Architekt hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen. Auf etwaige Bedenken hat er den Auftraggeber frühzeitig schriftlich hinzuweisen. Der Architekt ist bei Genehmigungshindernissen verpflichtet, ohne besondere Vergütung alternative Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
- 7.9 Der Architekt oder sein Vertreter verpflichten sich, zur Interpretation der Pläne und Leistungsverzeichnisse sowie zur Klärung etwaiger Unklarheiten auf der Baustelle jeweils unverzüglich zur Verfügung zu stehen und die entsprechenden Anweisungen zu geben.
- 7.10 Die Leistungen des Architekten sind zu erbringen, wie sie durch die Vorschriften, an welche die Behörde gebunden ist, gefordert werden. Dies gilt insbesondere für die Behandlung von Rechnungen und das Stellen der Schlussrechnung mit den dazu erforderlichen Anlagen.
- 7.11 Die Gesamtverantwortung für die Überwachung der Baumaßnahme liegt beim Architekten.
- 7.12 Der Architekt darf im Rahmen der beauftragten Leistungen mit den Leistungen einer nachfolgenden Leistungsphase erst beginnen, wenn er zuvor die Leistungen der vorhergehenden Leistungsphase vollständig fertiggestellt und mit dem Auftraggeber erörtert hat. Eine (Teil-) Abnahme der Leistungen des Architekten ist hiermit nicht verbunden.
- 7.13 Der Architekt hat die ihm übertragenen Leistungen selbst in seinem Büro mit eigenen angestellten Mitarbeitern zu erbringen. Zu einer Übertragung von Leistungen an Dritte (z. B. Subplaner oder freie Mitarbeiter) ist er nur berechtigt, wenn der Auftraggeber dem zustimmt.
- 7.14 Der Architekt ist verpflichtet, auf Aufforderung des Auftraggebers neben den erforderlichen Planungs- und Baubesprechungen an regelmäßigen das Projekt betreffenden weiteren Erläuterungs- und Erörterungsterminen (bspw. mit politischen Gremien) ohne Anspruch auf zusätzliches Honorar teilzunehmen.

- 7.15 Der Architekt verpflichtet sich, auf Verlangen des Auftraggebers rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeiten eine Verpflichtungserklärung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942), auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten aus dem Auftrag vor dem Auftraggeber schriftlich abzugeben. Obige Verpflichtungserklärungen sind vom Architekt (bei juristischen Personen von dem bevollmächtigten Vertreter der juristischen Person), dem Projektleiter und dem stellvertretenden Projektleiter abzugeben.
- 7.16 In Bezug auf das Projektteam des Architekten treffen die Parteien folgende Vereinbarungen:
Das Projektteam besteht aus folgenden Leitungsmitgliedern:

...[Name des PL aus Teilnahmewettbewerb]... als Projektleiter

...[Name des StvPL aus Teilnahmewettbewerb]... als stellvertretender Projektleiter
- 7.17 Der Projektleiter und der stellvertretende Projektleiter müssen für die Leistungen aus diesem Vertrag im erforderlichen Umfang zu Verfügung stehen, während der Arbeitszeiten erreichbar sein und die Arbeiten tatsächlich selbst leiten. Der Projektleiter und der stellvertretende Projektleiter sind auf Seiten des Architekten für alle Bereiche Ansprechpartner und Koordinatoren.
- 7.18 Der Architekt darf die in § 7 Nr. 16 namentlich benannten Projektleiter und stellvertretenden Projektleiter nur mit Zustimmung des Auftraggebers ablösen. Der Auftraggeber ist zur Zustimmung nur verpflichtet, wenn für die Ablösung ein wichtiger Grund besteht und eine nachweislich mindestens ebenso qualifizierte Person an dessen Stelle tritt. Anderenfalls ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages sowie zur Geltendmachung weiterer Ansprüche berechtigt.
- 7.19 Wenn ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, kann der Auftraggeber die unverzügliche Ersetzung des Projektleiters oder des Vertreters des Projektleiters verlangen.
- 7.20 Der Architekt hat für dieses Projekt auch über die vorstehenden Leitungsmitglieder hinaus stets qualifiziertes Personal in dem erforderlichen Umfang einzusetzen.

§ 8

Überwachung der Bauausführung

- 8.1 Die Herstellung des Bauwerks ist auf Übereinstimmung mit den Ausführungszeichnungen, auf Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen Vorschriften sowie auf vertragsmäßige Baustofflieferung und Ausführung örtlich zu überwachen.
- 8.2 Von den vom Auftraggeber anerkannten Ausführungszeichnungen sowie von den mit den ausführenden Firmen abgeschlossenen Verträgen darf nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abgewichen werden. Abweichungen der Leistungen vom Vertrag hat der Architekt im Bautagebuch zu vermerken und dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- 8.3 Die mit dem Überwachen der Bauausführung Beauftragten müssen grundsätzlich über eine abgeschlossene Fachausbildung und eine angemessene Baustellenpraxis - in der Regel von mindestens drei Jahren - verfügen. Der örtliche Vertreter des Architekten auf der Baustelle ist dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benennen. Bestellen und Wechsel des örtlichen Vertreters des Architekten bedürfen des schriftlichen Einvernehmens der Vertragspartner.
- 8.4 Der mit der örtlichen Bauüberwachung Beauftragte hat zum Nachweis aller Leistungen - ausgenommen solcher, die durch fachlich Beteiligte überwacht werden - die Ausführungszeichnungen der tatsächlichen Ausführung entsprechend während der Bauzeit zu

ergänzen bzw. ihre Ergänzung zu veranlassen. Für Leistungen, die sich in den Ausführungszeichnungen nicht darstellen lassen oder nach Fertigstellung des Bauwerkes nicht mehr messbar bleiben, sind besondere Aufmaß-Skizzen, Fotos oder dergleichen zu fertigen. Aufmäße sind schriftlich festzulegen, damit sie nachprüfbar sind. Sie müssen von den ausführenden Firmen anerkannt sein.

- 8.5 Wird vom Auftraggeber festgestellt, dass bei Fortschreiten der Baumaßnahme ein Fachbauleiter nicht ausreicht, dann ist die Bauleitung mit weiteren qualifizierten Fachkräften zu besetzen. Der Auftraggeber kann die Ablösung des örtlichen Bauleiters jederzeit verlangen.
- 8.6 Stundenlohnarbeiten sind täglich zu prüfen und zu bescheinigen. Ein Nachweis der ausgeführten Stundenlohnarbeiten ist wöchentlich dem Auftraggeber vorzulegen. Leistungen und gesondert vergebene Lieferungen sind rechtzeitig abzunehmen.

§ 9

Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Architekt und anderen fachlich Beteiligten

- 9.1 Dem Architekten gegenüber ist nur das Hochbau- und Liegenschaftsamt, nicht die nutzende Verwaltung weisungsbefugt. Andere Projektbeteiligte oder als Berater des Auftraggebers auftretende Personen (wie z.B. Projektsteuerer) können dem Architekten gegenüber nur dann rechtswirksame (und insbesondere kostenauslösende) Anordnungen treffen, wenn der Auftraggeber dem schriftlich vorher zugestimmt oder er die Genehmigung nachträglich erteilt hat.
- 9.2 Der Architekt hat den Auftraggeber über die Notwendigkeit des Einsatzes von Sonderfachleuten und Fachingenieuren (bspw. zu den Bereichen Baugrund, Tragwerksplanung, Brandschutz, Haustechnik, Bauphysik) zu beraten und die von den Sonderfachleuten/ Fachingenieuren erbrachten Leistungen fachlich und zeitlich zu koordinieren, mit seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten. Die Beiträge der anderen an der Planung fachlich Beteiligten hat der Architekt auf Richtigkeit und Plausibilität zu prüfen, bevor er sie zur Grundlage der eigenen Leistungen macht.
- 9.3 Der Architekt ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- 9.4 Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Architekten und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der Architekt unverzüglich schriftlich die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.

§ 10

Vertretung des Auftraggebers durch den Architekten

- 10.1 Der Architekt ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem Auftraggeber.
- 10.2 Der Architekt ist nicht berechtigt, den Auftraggeber rechtsgeschäftlich zu vertreten. Er ist jedoch befugt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der beauftragten Bau- und Lieferleistungen und zur Sicherstellung eines einwandfreien Projektablaufes notwendig sind und keinerlei nachteilige Auswirkungen qualitativer, terminlicher und finanzieller Art für den Auftraggeber haben (z. B. Erteilung von Mängelrügen oder Setzen von Fristen gegenüber dem Bauunternehmer). Dies gilt auch für Erklärungen, die für die Wahrnehmung des Auftrags zur Koordinierung und Betreuung der Bauleistungen sachlich

notwendig sind. Für die Beauftragung kostenauslösender Maßnahmen (z.B. Beauftragung von Nachtragsleistungen) hat der Architekt keine Vollmacht.

- 10.3 Der Architekt darf Dritten, ohne Einwilligung des Auftraggebers, keine Pläne aushändigen. Werden dem Architekten Unterlagen vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt, darf er diese Unterlagen an Dritte nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers weitergeben. Der Architekt verpflichtet sich zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Projekt (einschließlich der Inhalte der vom Auftraggeber eingegangenen Vertragsbeziehungen, insbesondere auch über die Inhalte seines Architektenvertrages).

§ 11

Auskunftspflicht des Architekten

Der Architekt hat dem Auftraggeber auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen. Diese Auskunftspflicht besteht über die Abwicklung des Auftrages hinaus auf 10 Jahre.

§ 12

Herausgabeanspruch des Auftraggebers

Die vom Architekten zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen - Pläne oder Zeichnungen als Transparentpausen - sind an den Auftraggeber herauszugeben; sie werden dessen Eigentum. Die dem Architekten überlassenen Unterlagen, auch alle behördlichen Unterlagen, sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

§ 13

Urheberrecht

- 13.1 Der Architekt steht dafür ein, dass seine Planung frei von Rechten Dritter ist.
- 13.2 Soweit die vom Architekten erstellten Unterlagen (insbesondere Pläne) und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte des Auftraggebers auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke zusätzlich nach § 13 Nr. 13.5 bis 13.8
Gegen fachliche Weisungen des Auftraggebers bis zur Freigabe des fertiggestellten Planungsergebnisses kann der Architekt nicht einwenden, dass die von ihm im Rahmen des Auftrags erstellten Pläne und Unterlagen seinem Urheberrecht unterliegen.
- 13.3 Der Auftraggeber darf die vom Architekten erstellten Unterlagen, insbesondere die Pläne, für das Bauvorhaben und das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des Architekten nutzen, ändern und verwerten. Der Auftraggeber ist, auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages berechtigt, die Planung und/oder das Bauwerk ohne Mitwirkung des Architekten (auch unter Einschaltung Dritter) zu vollenden. Die Leistungen des Architekten dürfen nur für das vertragsgegenständliche Bauvorhaben verwendet werden. Der Architekt kann (auch nach Beendigung des Vertrages) in Abstimmung mit dem Auftraggeber das Bauvorhaben betreten, um Lichtbilder zu fertigen. Das Veröffentlichungsrecht des Auftragnehmers unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Die Planungs- und Kostendaten der Baumaßnahme dürfen vom Auftragnehmer nicht an Dritte weitergegeben werden; § 9 Nr. 9.3 bleibt davon unberührt.
- 13.4 Der Auftraggeber ist berechtigt, das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des Architekten zu ändern, insbesondere zu erweitern, umzubauen und zu modernisieren.

- 13.5 Sofern ein Urheberrecht des Architekten besteht, besteht die Berechtigung des Auftraggebers zu Änderungen, insbesondere zu Erweiterungen, Umbauten und Modernisierungen nur, wenn nach einer Interessenabwägung die Belange des Architekten an seiner Planung hinter den Interessen des Auftraggebers zurücktreten und eine Entstellung des Werkes oder eine andere Beeinträchtigung i. S. v. § 14 UrhG durch die Maßnahmen nicht zu besorgen ist.
- 13.6 Die dem Auftraggeber nach diesem Vertrag eingeräumten Nutzungsrechte darf der Auftraggeber auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen. Der Architekt stimmt der Übertragung hiermit zu. § 34 UrhG bleibt im Übrigen unberührt.
- 13.7 Die gesetzlichen Urheberpersönlichkeitsrechte verbleiben beim Architekten.
- 13.8 Eine Verweigerung der Zustimmung des Auftraggebers zum Veröffentlichungsrecht des Auftragnehmers muss billigem Ermessen entsprechen.
- 13.9 Die Rechte des Auftraggebers nach § 13 dieses Vertrages sind durch das vertraglich vereinbarte Honorar des Architekten vollständig vergütet.

§ 14

Planungs- und Überwachungsziele

- 14.1 Quantitäten/Qualitäten:
Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die in den Planungsstandards für Schulen im Main-Taunus-Kreis – in der bei Vertragsschluss aktuellen Fassung – vorgegebenen Quantitäts- und Qualitätsziele umzusetzen. Die Vorgaben dieser Planungsstandards sind verbindlich; Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.
- 14.2 Kosten:
Als Budgetvorgabe für die Kostengruppen 200 bis 600 nach DIN 276-1: 2008-12 wird die Summe der ermittelten Kosten obiger Kostengruppen aus der Kostenberechnung der Leistungsphase 3 des Architekten vereinbart. Diese stellt die verbindliche Kostenobergrenze für die Baumaßnahme dar. Der Architekt hat seine Leistungen so zu erbringen, dass diese Kostenobergrenze für die Baumaßnahme nicht überschritten wird. Der Architekt übernimmt damit keine Kostengarantie. Unabhängig von der Beachtung der Planungs- und Überwachungsziele hat der Architekt bei allen Leistungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht nur in Bezug auf die Baukosten, sondern auch im Hinblick auf den Betrieb des Gebäudes zu beachten. Unter Wahrung der Vorgaben des Auftraggebers sind die künftigen Bau- und Nutzungskosten möglichst gering zu halten; Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die Einsparungen durch absehbare höhere Nutzungskosten (insbesondere Betriebs- und Instandsetzungskosten) unverhältnismäßig gemindert werden.
- 14.3 Im Rahmen der fortlaufenden Kostensteuerung und Kostenkontrolle ist der Architekt verpflichtet, die Kosten bis zum Abschluss der Entwurfsplanung in der Gliederung gemäß DIN 276: 2008-12 – und ab der Ausführungsplanung parallel auch nach Vergabeeinheiten zu erfassen und kontinuierlich fortzuschreiben.
- 14.4 Die Kostenobergrenze ist in jeder Leistungsstufe einzuhalten. Der Architekt hat den Auftraggeber fortlaufend zu Kostenrisiken, insbesondere bei zu erwartenden Baupreissteigerungen, Bestands- oder Baugrundrisiken, zu beraten. Er hat geeignete Maßnahmen zur Reduzierung, Vermeidung, Überwälzung und Steuerung von Kostenrisiken aufzuzeigen. Sofern Kostenrisiken beziffert werden, sind sie in der Kostenermittlung gesondert auszuweisen. Bezifferte Kostenrisiken stellen keine anrechenbaren Kosten dar. Realisiert sich ein Kostenrisiko nach Vertragsschluss und sind dadurch die Planungs- und Überwachungsziele nicht mehr einzuhalten, ist nach § 14 Nr. 14.7 vorzugehen.
- 14.5 Termine:
Der Architekt hat seine Leistungen so zu erbringen, dass folgende Termine eingehalten werden können:

Baubeginn: -wird nach Vertragsschluss einvernehmlich festgelegt-

Fertigstellungstermin/Inbetriebnahme: -wird nach Vertragsschluss einvernehmlich festgelegt-

- 14.6 Auf der Grundlage der Termine gemäß Nummer 14.5 erarbeitet der Auftraggeber gemeinsam mit dem Architekten unverzüglich nach Vertragsschluss einen Zeit- und Ablaufplan betreffend Planung, Vergabe und Ausführung. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wird der Architekt diesen Terminplan in regelmäßigen Abständen überprüfen und, soweit sich die Projektumstände geändert haben, fortschreiben bzw. an dessen Fortschreibung mitwirken.
- 14.7 Der Architekt hat die Einhaltung der Planungs- und Überwachungsziele laufend zu überprüfen und den Auftraggeber unverzüglich in Textform und begründet darauf hinzuweisen, soweit für ihn eine Gefährdung der Planungs- und Überwachungsziele erkennbar wird. Er hat die aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten zur Gewährleistung der Einhaltung der Planungs- und Überwachungsziele und dabei insbesondere der Kostenobergrenze darzulegen.

§ 15

Vergabe der Bauleistungen

Die Auswahl der einzelnen Unternehmer für die Ausführung des Bauwerkes sowie das Festsetzen der Arbeits- und Lieferungsbedingungen erfolgt im Benehmen mit dem Architekten durch den Auftraggeber. Der Architekt hat den Auftraggeber hierbei fachlich zu beraten, alle Angebote usw. rechnerisch zu prüfen und dem Auftraggeber mit Preisspiegel und Vergabevorschlag vorzulegen.

§ 16

Rechnungsprüfung

- 16.1 Vom Architekten sind alle Massenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und Kostenrechnungen fachtechnisch und rechnerisch vollständig zu prüfen. Zum Zeichnen der Prüfung hat der Architekt alle Ansätze und Beträge in blau anzustreichen und die Massenberechnungen und Abrechnungszeichnungen mit folgender Bescheinigung zu versehen:

“In allen Teilen geprüft und mit den aus der Massenberechnung (Abrechnungszeichnungen) ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

- Fachtechnisch richtig, rechnerisch richtig -

mit.....EUR

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

- 16.2 Mit der Bescheinigung übernimmt der Architekt auch in den Fällen, in denen diese Bescheinigung durch einen Erfüllungsgehilfen vollzogen wird, die Verantwortung dafür, dass bei der Durchführung der Bauarbeiten nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren ist, dass die Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang wie berechnet erbracht sind, dass sie vertragsmäßig und fachgerecht durchgeführt sind, die Vertragspreise eingehalten sowie alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Abrechnungen richtig sind.

Im Einzelnen ergibt sich die Bedeutung der Richtigkeitsbescheinigung aus den Verwaltungsvorschriften zu § 70 LHO in Verbindung mit Nr. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 11 GemKVO. Ein Auszug aus diesen Bestimmungen ist beim Hochbau- und Liegenschaftsamt einzusehen.

§ 17

Kündigungsbestimmungen

- 17.1 Der Vertrag kann vom Auftraggeber und Architekten aus wichtigem Grund gekündigt werden (§ 648a BGB). Das Recht des Auftraggebers zur freien Vertragskündigung (§ 648 BGB) bleibt daneben unberührt. Eine Kündigung bedarf stets der Schriftform (§ 650h BGB).
- 17.2 Als wichtiger Grund im Sinne von Abs. 1 ist anzusehen, wenn dem Architekten oder dem Auftraggeber nicht mehr zuzumuten ist, an dem Vertrag festzuhalten. Dies gilt insbesondere, wenn durch Veränderungen von Umständen eine ordnungsgemäße Durchführung des Bauvorhabens nicht mehr gewährleistet ist oder ein öffentliches Interesse, insbesondere auch wirtschaftlicher Art, wie z.B. das Fehlen der für die Bauausführung erforderlichen Haushaltsmittel, entgegensteht.
- 17.3 Der Auftraggeber kann auch dann aus einem wichtigen Grund kündigen, wenn der Architekt seine Zahlungen einstellt oder einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über sein Vermögen oder eines anderen vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens stellt. Weiterhin kann der Auftraggeber kündigen, wenn ein solches Insolvenzverfahren Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird.
- 17.4 Wird aus wichtigem Grund gekündigt, so erhält der Architekt einen seinen bisherigen vertragsgemäß erbrachten Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung. Weitere Ansprüche des Architekten sind ausgeschlossen. Kündigt der Auftraggeber aus wichtigem Grund, den der Architekt zu vertreten hat, so gilt § 17 Nr. 17.4 Satz 1 mit der Einschränkung, dass für den Auftraggeber unbrauchbare (Teil-) Leistungen des Architekten dieser keine Vergütung verlangen kann.
- 17.5 Sofern der Architekt eine Vergütung nach § 648 BGB verlangen kann, hat der Architekt auf Wunsch des Auftraggebers eine eidesstattliche Versicherung über seine konkret ersparten Aufwendungen und die konkrete anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft aufgrund der Kündigung abzugeben.
- 17.6 § 648a Abs. 6 BGB bleibt unberührt.
- 17.7 Für die Kündigung bei Verstößen gegen das Vergaberecht gilt § 133 GWB.

§ 18

Haftung und Verjährung

- 18.1 Der Architekt haftet insbesondere dafür, dass seine Leistungen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen und ohne Mängel sind.
- 18.2 Gewährleistungs- und Schadensersatzansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist. Die Haftung des Architekten für die Vollständigkeit und Mängelfreiheit seiner Leistungen bleibt unberührt, auch wenn der Auftraggeber sie vorbehaltlos entgegennimmt oder freigibt.
- 18.3 Der Architekt hat dem Auftraggeber bei Verzug oder bei einem sonstigen schuldhaften Verstoß gegen seine Vertragspflichten die dadurch bedingten Mehrkosten der Baumaßnahme, den Schaden an der baulichen Anlage und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen; für den übrigen Schaden haftet er je nach Schadensereignis bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- 18.4 Im Falle seiner Inanspruchnahme kann der Architekt verlangen, dass er an der Beseitigung des Schadens beteiligt wird, es sei denn, dem Auftraggeber ist aus Gründen, die in der Person des Architekten liegen, dessen Beteiligung an der Schadensbeseitigung nicht zuzumuten.

- 18.5 Die Rechte des Auftraggebers aus Pflichtverletzungen des Architekten wie Mängel und Schadensersatzansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Die Verjährungsfristen für Mängelansprüche des Auftraggebers bestimmen sich nach § 634a BGB und beginnen mit der (Teil-) Abnahme der Leistungen gemäß § 4 Nr. 4.10.

§ 19

Haftpflichtversicherung des Architekten

- 19.1 Der Architekt muss eine Berufshaftpflichtversicherung innerhalb 4 Wochen nach Vertragsabschluss nachweisen und während der gesamten Vertragszeit unterhalten. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz für alle im Vertrag vereinbarten Leistungen besteht; mit einer Deckungssumme von mindestens

EUR 1.500.000 für Personenschäden

EUR 500.000 für sonstige Schäden

Die vorstehenden Deckungssummen müssen in jedem Versicherungsjahr mindestens zweifach zur Verfügung stehen. Die Versicherungsbedingungen haben eine Nachhaftung von 30 Jahren vorzusehen.

- 19.2 Der Architekt hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- 19.3 Der Architekt ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen. Lässt der Architekt eine hierzu vom Auftraggeber gesetzte, angemessene Frist fruchtlos verstreichen, ist der Auftraggeber berechtigt, eine solche Deckung auf Kosten des Architekten einzuholen. Das Recht des Auftraggebers zur Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 20

Salvatorische Klausel, Streitigkeiten und Erfüllungsort

- 20.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages rechtsunwirksam sein, so wird dadurch die Rechtswirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in diesem Falle verpflichtet, die rechtsunwirksame Vertragsbestimmung dahingehend umzudeuten oder zu ergänzen, dass der mit der unwirksamen Bestimmung zum Ausdruck gekommene Parteiwille unter Einbeziehung der beabsichtigten wirtschaftlichen Zwecke erreicht wird. Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Durchführung dieses Vertrages eine Regelungslücke ergeben sollte.
- 20.2 Etwaige Streitigkeiten aus dem Vertrag sind im ordentlichen Rechtswege auszutragen.
- 20.3 Erfüllungsort ist der jeweilige Standort des Objektes
Gerichtsstand ist Frankfurt am Main

§ 21

Forderungsabtretung

Forderungsabtretungen an Dritte für Leistungen aus diesem Vertrag sind ausgeschlossen.

§ 22

Vertragsausfertigungen

Dieser Vertrag ist mit einer Hauptausfertigung für den Auftraggeber sowie einer Zweitausfertigung für den Architekten aufgestellt worden, die von beiden Teilen unterschrieben sind.

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für den Verzicht auf die Schriftform.

65719 Hofheim am Taunus, den

Für den Auftraggeber:

Für den Architekten:

Main-Taunus-Kreis

.....
(Peter Wesp)
Amtsleiter

.....

.....
Firmenstempel